



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
STADTVERBAND HANNOVER

SPD-Stadtverband Hannover | Kurt-Schumacher-Haus | 30159 Hannover

An

Herrn Regionspräsident Steffen Krach
Herrn Oberbürgermeister Belit Onay
- per E-Mail -

**SPD-STADTVERBAND
HANNOVER**

Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Telefon (511) 1674-240
Fax (0511) 1674-266
info@spd-hannover.de

Hannover, 4. September 2024

Angekündigter Industrie-Gipfel

**Sehr geehrter Herr Regionspräsident Krach, lieber Steffen,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Onay, lieber Belit,**

die jüngsten Entwicklungen rund um die Volkswagen AG nehmen wir als Kommunal-, Landes- und Bundespolitikerinnen und -politiker aus der Landeshauptstadt Hannover mit großer Besorgnis zur Kenntnis. Es geht nicht nur um die Ankündigung eines niedersächsischen Unternehmens, tausende Arbeitsplätze und gar Standorte in Frage zu stellen. Die Entwicklungen bei VW haben eine besorgniserregende Dimension für den Industrie-Standort Deutschland in Gänze – und genauso für den Wirtschafts- und Industrie-Standort Region Hannover.

Unsere Stadt sowie das Umland profitieren seit Jahrzehnten finanziell und ökonomisch von einem starken industriellen Sektor. Unternehmen wie Volkswagen Nutzfahrzeuge (VWN) in Hannover-Stöcken, Continental und viele weitere Global Player der Industriepolitik sind echte Garanten für Ausbildung, Beschäftigung sowie Investitionen vor Ort. Nicht selten ist die Arbeit dieser hannoverschen Unternehmen Grund dafür, warum „Made in Hanover“ als Marke weltweit den Menschen ein Begriff ist. Und nicht zuletzt geht es uns um gut bezahlte Arbeit, die Existenzen nicht nur sichert, sondern auch Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Die zahlreichen Industrieunternehmen gehören zu den besten Ausbilderinnen und Ausbildern. Sie garantieren Tarifverträge und Löhne, von denen die Beschäftigten gut leben können, die gut sind für die Binnenkonjunktur und unsere Sozialsysteme stabilisieren.

Sollten die Pläne des VW-Konzerns in die Realität umgesetzt werden, wären die Konsequenzen für unsere Region fatal. Ein Wegfall von zahlreichen Arbeits- und Ausbildungsplätzen, kommunalen Steuereinnahmen sowie der wirtschaftlich bedeutenden Kaufkraft in derartigen Dimensionen könnte das Gemeinwohl vor Ort brüchig machen. Insbesondere in Zeiten, in denen das Vertrauen in unsere Demokratie rückläufig ist, müssen wir eine solche Entwicklung verhindern.

Uns sind die großen Herausforderungen bekannt, vor denen wir alle stehen: Klimaschutz, Digitalisierung, Industrie-Transformation. Damit beschäftigen wir uns täglich. Dennoch haben wir als Vertreterinnen und Vertreter unserer Kommune einen gemeinsamen Auftrag: Vor allem in turbulenten Zeiten an der Seite der Beschäftigten und Gewerkschaften zu stehen. Der zentrale Erfolg dieser Industrie-Unternehmen ist auch die Stärke der jeweiligen betrieblichen Mitbestimmung.

Uns freut es sehr, dass Sie zügig unsere Forderung nach einem industriepolitischen Gipfel aufgegriffen haben. Diesen wollen wir als Mandatsträgerinnen und Mandatsträger dieser Stadt tatkräftig unterstützen und dafür sorgen, dass die dort besprochenen Themen in die richtigen Bahnen gelenkt werden.

Dennoch möchten wir Ihnen vorab konkrete Forderungen und Maßnahmen mit auf den Weg geben:

1. Klares Bekenntnis zum VW-Standort in Hannover-Stöcken und zur regionalen Automobilwirtschaft. Wir fordern zudem ein Bekenntnis zu einer modernen Industriepolitik im Allgemeinen. Die großen Herausforderungen der Zukunft können wir nur gemeinsam ökonomisch, ökologisch und vor allem sozial bestreiten, wenn wir diese Sparte als festen Teil des Fortschritts verstehen und in der Wahrnehmung gemeinsamer Verantwortung unterstützen.
2. Keine Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Beschäftigten. Die über Jahrzehnte gelebte Beschäftigungssicherung ist mit die stärkste Errungenschaft der Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften. Sie ist VW-DNA und ein Garant für den wieder zu erlangenden wirtschaftlichen Erfolg von Volkswagen. Das VW-Management ist daher aufzufordern, intelligente Wege der Kostenoptimierung aufzuzeigen und die notwendige Sanierung nicht zu Lasten der Beschäftigten vorzunehmen.
3. Weitere Stärkung der Aus- und Weiterbildung durch Kooperation mit Stadt und Region. Im Falle von betriebsbedingten Kündigungen sollen Stadt und Region den betroffenen Beschäftigten als kommunale Verwaltungen Angebote der Übernahme machen.
4. Finanzielle Stärkung und digitale Modernisierung der weiterführenden und berufsbildenden Schulen, um Ausbildung, duale Studiengänge sowie das Studium in und rund um Hannover attraktiver zu machen. Wir wollen angehenden Fachkräften eine gute Ausbildung bieten – und sie anschließend auch in Hannover halten. Die Anerkennung heimischer Berufsabschlüsse muss für Menschen mit Migrationshintergrund erleichtert werden und zügiger erfolgen. Ebenso muss ein Ausbau der Kinderbetreuung erfolgen.
5. Klares Bekenntnis zum Umstieg in die E-Mobilität. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur wird wie beschlossen vorangetrieben werden mit 10.000 neuen Ladepunkten in der Stadt bis zum Jahre 2030. Wir finden intelligente Lösungen für E-Parkplätze wie Lade-Bordsteine oder Laternen-Ladepunkte, um die Akzeptanz der E-Mobilität weiter zu erhöhen und den Umstieg einfacher zu ermöglichen. Auch die Verwaltung geht an dieser Stelle voran und stellt schnellstmöglich vollständig auf E-Mobilität um. Weitere Ideen, wie z. B. Vorrang bei der KFZ-Anmeldung oder erweiterte erlaubte Lieferzeiten für E-Transporter sollten ebenso mit bedacht werden.

6. Mehr Förderungen für die Entwicklung von Zukunftstechnologien sowie Forschungsprojekten sind notwendig, um die Exzellenz-Ebene zu stärken. Region und Stadt suchen hierzu den Schulterschluss mit dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur und entwickeln eine gemeinsame „Förderplattform Industriepolitik“.
7. Stärkeres Engagement bei der Unternehmensneuan siedlung zur Stärkung der lokalen Wirtschaft und insbesondere der Start-up-Szene als Motor für Innovation. Dazu soll auf die Schaffung eines kostengünstigen Industrie-Energiepreises auf regionaler Ebene gesetzt werden.
8. In Hannover sollten nur Unternehmen Förderungen und Aufträge erhalten, wenn DGB-Tarifverträge angewandt und Standort- sowie Beschäftigungsgarantien Teil der Unternehmenspolitik sind.

All diese Maßnahmen tragen sinnvoll dazu bei, u. a. die Einnahmen aus Steuern weiter zu erhöhen. Die Mittel können z. B. in die Sanierung von Schulen, den Ausbau des Kita-Angebotes oder von Spielplätzen investiert werden, um den Standort insbesondere für Familien attraktiver zu gestalten.

Als Region sind wir in vier zentralen Handlungsbereichen gefordert und aktiv: Als Verbraucherin und Vorbild, Planerin und Reguliererin, Beraterin und Promoterin sowie als Versorgerin und Anbieterin. Mit Blick auf unseren Beitrag zur Industrie-Transformation müssen wir die getroffenen Entscheidungen in diesen Handlungsbereichen überprüfen, ggf. neu bewerten und anpassen. Die diesbezüglich eingereichten Anträge in den kommunalen Gremien dienen dabei für Sie mit als Unterstützungsangebot.

Lassen Sie uns gemeinsam im Sinne des „Hannover-Appells“ der Betriebsräte, der IG Metall und IG BCE als demokratisches Team durch diese Zeit gehen. Es geht um nicht weniger als eine weiterhin finanziell solide, ökonomisch starke, ökologisch moderne und vor allem sozial sichere Stadt für die Hannoveranerinnen und Hannoveraner.

Gerne beteiligen wir uns bei allen bevorstehenden Diskurs-Formaten als örtliche Akteurinnen und Akteure. Kommen Sie gerne auf uns zurück, wir stehen Ihnen jederzeit als Kooperationspartner zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Adis Ahmetović
Vorsitzender
der SPD-Hannover

Melanie Walter
Vorsitzende
der SPD Hannover

Lars Kelich
Vorsitzender
der SPD-Ratsfraktion

Stefan Politze
MdL

Doris Schröder-Köpf
MdL

Florian Spiegelhauer
Ratsherr

**Nils Hindersmann
und Alexandra Dzaack**
Doppelspitze
AfA Region Hannover

Leyla Hatami
Vorsitzende
SPD Region Hannover

Hans Hoffmann
Gewerkschaftsbeauftragter
der SPD Hannover